

**Den DGB „erneuern“? Aus den DGB-Gewerkschaften austreten?**

# **Vor allem selbstständig kämpfen!**

**Den ökonomischen Kampf und den Kampf  
gegen Nazis, gegen Dummheit und Reaktion führen!**

Es ist zu begrüßen und zu unterstützen, dass kämpferische linke GewerkschafterInnen und Initiativen über eine klassenkämpferische und internationalistische Perspektive diskutieren und sich für dementsprechende weitere Diskussionen und Aktionen vernetzen.

Ein zentraler Punkt ist unserer Meinung, die in diesem Zusammenhang aufgeworfene Frage nach einem „Kurswechsel innerhalb des DGB“. Ist ein „Kurswechsel“, wie er jetzt viel gefordert wird, mit dem gesamten DGB realistisch, ja überhaupt denkbar? Dazu und einigen damit zusammenhängenden Fragen möchten wir im Folgenden knapp Stellung nehmen.

## **1. Warum rein ökonomische Forderungen für eine Plattform zur Vernetzung linker GewerkschafterInnen keineswegs ausreichen**

Sicherlich ist es richtig und nötig, das Thema Arbeitszeitverkürzung und andere Fragen des ökonomischen Kampfes gegen verschärfte Ausbeutung in den Betrieben auf die Tagesordnung zu setzen. Doch ganz falsch wäre es, die Aufgaben linker GewerkschafterInnen mehr oder weniger nur auf dem Gebiet des ökonomischen Kampfes zu sehen.

Es gibt die Vorstellung, dass eine erfolgreiche und kämpferische Gewerkschaftsarbeit, die logischerweise anzustreben ist, an sich schon eine Art Gewähr ist, damit die reaktionäre und nazistische Ideologie und Politik unter den KollegInnen nicht Fuß fassen kann oder zurückgedrängt wird. Damit werden unserer Meinung nach die Gefährlichkeit, die Wirksamkeit und die demagogischen Methoden der verschiedenen reaktionären Hetzereien unterschätzt. Sämtliche Erfahrungen der fortschrittlichen und revolutionären Bewegung der ArbeiterInnen haben gezeigt und zeigen täglich aufs Neue: Der Einfluss reaktionärer Ideologien und Politik lässt sich nur zurückdrängen, wenn die reaktionären Hetzereien und Demagogien mit aller Konsequenz und Härte entlarvt und bekämpft werden. Und das kann und muss allen voran als ureigenste Aufgabe linker GewerkschafterInnen begriffen und angepackt werden!

Fragen wie der Kampf gegen Nazis, gegen Abschiebungen von Refugees, gegen Bundeswehr und Militarismus sind nicht irrelevant für den Zusammenschluss linker GewerkschafterInnen. Falsch ist es daher, für eine Art „Arbeitsteilung“ einzutreten: „Die GewerkschafterInnen kümmern sich um die unmittelbarsten wirtschaftlichen Forderungen“, die „Antifas kümmern sich um den Kampf gegen die Nazis, die Asyl-Initiativen um die Flüchtlinge und die AntimilitaristInnen um den Kampf gegen den Krieg.“

■ Der reale Angriff der Nazis auf der Straße ist Realität für alle Teile der Bevölkerung in Deutschland, die nach Ansicht der Nazis „undeutsch“ sind. Gleichzeitig sind die Reaktion und gerade auch die Nazis als äußerste Reaktion zunehmend bemüht, mit nationalistischer Hetze und Ablenkungsmanövern („die ausländischen Heuschrecken sind schuld“, „Flüchtlinge überschwemmen unser Land“ usw.) die „soziale Frage“ zu „besetzen“. Nazis versuchen nicht ohne Erfolg in Betrieben Fuß zu fassen. Ohne harten Kampf dagegen ist an die Entwicklung einer fortschrittlichen Gewerkschaftsbewegung gar nicht zu denken. Daher gehört der Kampf gegen die Nazis auf der Straße und im Betrieb zu den ureigensten Aufgaben aller linken GewerkschafterInnen und muss mit Nachdruck auf die Tagesordnung gesetzt werden, muss **als gemeinsame Aufgabe von GewerkschafterInnen und Antifas** begriffen werden.

■ Die Entrechtung der Kolleginnen aus anderen Ländern durch Zuzugsbeschränkungen, die Repressionen gegen Menschen ohne deutschen Pass, insbesondere auch die Ausweisung von „illegalen“ Arbeiterinnen, der staatliche Abschiebungsterror gegen Refugees – das alles ist tagtägliche Realität in Deutschland. Das geht einher mit deutschnationalistischen Hetzkampagnen, dass etwa die „Asylantenflut“ schuld sei, dass nicht genug Geld für die „deutsche Bevölkerung“ und gerade auch für „deutsche Arbeiter“ da sei. Daher gehört der Kampf gegen jegliche Diskriminierung und Unterdrückung von Menschen ohne deutschen Pass und die Solidarität mit Refugees sowie der Kampf gegen all diese nationalistischen Hetzkampagnen ebenfalls zu den ureigensten Aufgaben aller linken GewerkschafterInnen.

Diesen Kampf gilt es gemeinsam mit fortschrittlichen Refugee-Gruppen, antirassistischen Initiativen und vor allem den Organisationen der Betroffenen zu führen.

■ Zur Realität in Deutschland heute gehört: Die deutsche Kriegspolitik und Militarisierung werden immer stärker forciert. Seit Mitte der 90er Jahre führt die Bundeswehr für imperialistische „deutsche Interessen“ Kriege (Ex-Jugoslawien, Afghanistan) und dehnt die Stationierung deutscher Soldaten in anderen Ländern aus (z. B. im Irak und in Mali). Damit einher geht die umfassende Militarisierung nach innen. Unter den Schlagworten der „vernetzten Sicherheit“, der „Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit“, des „Heimatschutzes“, von „Partnerschaften“ mit Betrieben, Kommunen und Bildungseinrichtungen drängt die Bundeswehr in alle gesellschaftlichen Bereiche. Zugleich betreibt die Bundeswehr eine enorme Propaganda-Offensive in den Arbeitsämtern, den Schulen und Hochschulen, um Soldaten zu rekrutieren.

Das alles zeigt deutlich: Wenn GewerkschafterInnen den Kampf gegen Nazis und staatliche Faschisierung, gegen Schikanen und Abschiebungen von Refugees sowie den antimilitaristischen Kampf nicht als ihr ureigenste Aufgabe ansehen, dann kann sich gewerkschaftlicher Kampf sogar ins Gegenteil verkehren und besteht die Gefahr, dass man früher oder später nach dem Motto „wir sind das Volk“ in einer Front mit erzreaktionären Kräften bei der Verteidigung sogenannter „deutscher Interessen“ landet.

## **2. Die Entlarvung der reaktionären Positionen und -Methoden im DGB ist notwendig**

Vergegenwärtigen wir uns die Positionen und Methoden, die fest im DGB verankert sind, dann ergibt sich ein wahrhaft erschreckendes Bild:

■ Die Erfahrungen vieler Jahre haben deutlich gezeigt: **Die Gewerkschaftsleitungen verhindern jeden effektiven Kampf gegen die zunehmende Ausbeutung in den Betrieben.** Ritualartig werden Pseudo-Aktionen als Begleitmusik zu Tarifverhandlungen veranstaltet, um Unzufriedenheit zu beschwichtigen. Wenn es nicht anders geht, setzen sich Gewerkschaftsbürokraten auch an die Spitze, um möglichen Widerstand dagegen in den Gewerkschaften und Betrieben schon im Keim zu verhindern oder die Spitze abzubrechen. Und nicht nur das.

Durch verdeckte und offene Zusammenarbeit mit Regierung und Kapital wirkt die DGB-Führung auch bei der Durchsetzung von Sozialabbau mit. Zusammen mit diversen Konzern-Vorständen **gehörten ein Mitglied des ver.di-Bundesvorstands und ein Bezirksleiter der IG Metall Nordrhein-Westfalens der Hartz-Kommission an**, welche 2005 im Interesse und Auftrag des Kapitals den härtesten Sozialabbau seit 1945 in die Wege leitete.

**Direkt den ökonomischen Kampf sabotierend hat der DGB 2014 zusammen mit dem Kapitalistenverband BDA das „Tarifeinheitengesetz“ initiiert.** Dieses Streikverhinderungsgesetz stellt einen frontalen Angriff gegen das in Deutschland sowieso schon eingeschränkte Streikrecht dar. Nach dem am 11. Dezember 2014 verabschiedeten Gesetz hat in einem „Betrieb“ – den die Kapitalisten natürlich ganz nach ihren Interessen definieren – nur noch die stärkste Gewerkschaft das Recht zum Tarifabschluss. Alle anderen Gewerkschaften verlieren dort das Recht auf Arbeitskämpfe, auf Streiks und Tarifabschlüsse und damit im Grunde auf gesetzlicher Ebene überhaupt die Möglichkeit, als Gewerkschaft zu agieren.

### **■ Im DGB wird Nationalismus, Chauvinismus und Judenfeindschaft verbreitet und betrieben**

Unter dem Vorwand des Kampfes gegen Lohndumping führt die IG BAU seit vielen Jahren zusammen mit der Polizei bzw. den Hauptzollämtern Baustellenrazzien durch, die sich in der Realität vor allem gegen KollegInnen aus anderen Herkunftsländern ohne deutschen Pass richten.

In DGB-Organen wurde 2005 und 2007 **offen deutschnationalistisch-judenfeindliche Hetze** betrieben. In der IG Metall-Zeitung „metall“ vom Mai 2005 wird unter dem Titel „Die Aussauger“ auf US-Firmen gezeigt, d. h. auf die Konkurrenz der deutschen Kapitalisten. Die IG Metall-Führung macht sich so – wieder einmal - zum Propagandisten des deutschen Kapitals und der Ideologie vom „Standort Deutschland“.

Im Jahr 2007 legte der Bundesvorstand von ver.di mit der Broschüre „Finanzkapitalismus – Geldgier in Reinkultur!“ nach. Auf der Titelseite ist ein Heuschreckenschwarm zu sehen, der über das Land herfällt. Mit dieser Heuschreckenmetapher dockte das ver.di-Organ direkt an Veit Harlans Nazi-Film „Jud Süß“ an, in dem gegen die jüdische Bevölkerung gehetzt wird: „Wie Heuschrecken fallen sie über uns her!“ – Allerdings sind wir uns bewusst, dass nationalistische und judenfeindliche Ideologie nicht nur bei der DGB-Führung angesiedelt ist, sondern auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern existiert.

■ DGB-Funktionäre verkünden verbal auch mal ihre „Solidarität“ mit Refugees. Doch **die DGB-Führung hat 2014 direkt und offen Refugee-feindlich Position bezogen.** Am 21.1.2014 forderte der DGB-Vorsitzende Sommer in einer „Gemeinsamen Erklärung“ mit dem „Arbeitgeberpräsidenten“ Kramer, „dass diejenigen, die aus sicheren Herkunftsländern in unser Land kommen, unverzüglich zurückgeführt werden.“ Als Refugees im September 2013 im Münchner DGB-Haus Schutz suchten, hetzte die dem DGB angehörige Gewerkschaft der Polizei Presseerklärung vom 5.9.2013, die Refugees verhielten sich „illegal“ und die Polizei habe „die Pflicht, dagegen vorzugehen“.

■ Im DGB ist nicht einmal die Teilnahme von Nazis bei sozialen Protesten tabu. Bei einem „Schweigemarsch“ gegen drohende Entlassungen bei Siemens hat die IG Metall 2017 in Erfurt **zugelassen, dass sich die nazistische Partei AfD an der Demonstrationsspitze eingereiht** und positioniert hat. Sehr gut sichtbar und von niemandem zu übersehen liefen IG Metall-Funktionäre (sowie auch Linke-Ramelow) in einer Reihe mit dem AfD-Nazi Höcke – dies unter dem „Betriebsgemeinschaft“-Motto: „Wir sind Siemens“.

■ Die DGB-Führung steht **fest an der Seite der Bundeswehr**. Zum Beispiel verurteilte die ver.di-„Bundesfachgruppe Bundeswehr“ 2009 die Teilnahme von Mitgliedern der ver.di-Jugend an antimilitaristischen Protesten und betonte, ver.di „bekennt sich zur Funktion und Aufgabenstellung unserer Bundeswehr.“ 2011 erklärte der DGB-Vorsitzende: „Gewerkschaften haben ihren Frieden mit der Bundeswehr gemacht“. Nicht zu vergessen ist das „Ja“ des DGB-Bundesvorstands zum Krieg gegen Ex-Jugoslawiens 1999. Das zeigt: Es stellen sich keineswegs „die“ Gewerkschaften gegen Kriegspolitik und Militarisierung. In Wirklichkeit gibt es Widersprüche zwischen der DGB-Führung und ihrem bürokratischen Apparat einerseits und GewerkschafterInnen, die sich antimilitaristisch engagieren.

Die DGB-Führungen **unterdrücken immer wieder Kritiken an diesen reaktionären Positionen und Vorgehensweisen**, die es durchaus immer wieder gibt. Die Proteste gegen die IG Bau-Razzien, gegen IG Metall- und ver.di-Hetze sowie gegen „arisierten“ GEW-Besitz haben keine Chance, sich in den zentralen Organen wie „metall“, „publik“, „e & w“ usw. zu artikulieren, die fest in der Hand der Gewerkschaftsführung sind. Zwar können einzelne Proteste peripher auch mal erfolgreich sein. So musste das deutsch-nationalistische DGB-Plakat zum 1. Mai 2009 „1 a deutsche Muskelarbeit“ nach Protesten aus mehreren Gewerkschaftsgliederungen zurückgezogen werden. Zentral wird aber keine Diskussion darüber zugelassen, Kritiker werden diffamiert und isoliert. Wenn es sein muss, wenn die Lage sich zuspitzt, dann müssen wir damit rechnen, dass die Gewerkschaftsführungen mit ihren Apparaten auch Hunderte und Tausende von linken Gewerkschaftsmitgliedern ausschließen, wie das in den Siebzigerjahren der Fall war.

### **3. Warum es mit den DGB-Gewerkschaften insgesamt keinen „Kurswechsel“ geben kann und es dennoch nötig ist, auch innerhalb der DGB-Gewerkschaften zu arbeiten**

Was die DGB-Führung und ihren Apparat angeht, ergibt sich auf all diesen Gebieten ein wahrhaft verheerendes Bild. Unserer Meinung nach geht es nicht nur um einzelne Verfehlungen, sondern um die fest verankerte Einbindung der DGB-Gewerkschaften in das bestehende kapitalistische System und seinen Staat. Diese Verbundenheit ergibt sich nicht nur und

nicht hauptsächlich aus der Charakterschwäche einzelner DGB-Funktionäre, die man nur auszuwechseln bräuchte. Das hat tiefere Ursachen wie z.B. ihre finanzielle Besserstellung im Gegensatz zu den „einfachen“ Gewerkschaftsmitgliedern, ihre direkte Verknüpfung mit dem Kapital z.B. in den Aufsichtsräten der Konzerne und ihre Mitgliedschaft in den Parteien des kapitalistischen Systems. Die DGB-Gewerkschaften, so wie sie nach 1945 von oben und staatstragend gegründet wurden und sich bis heute entwickelt haben, sind wirklich nicht reformierbar.

Innerhalb der Gewerkschaften geht es unserer Meinung nicht darum, die Gewerkschaftsführung und ihren Apparat von einem „Kurswechsel“ hin zu einer kämpferischen Politik zu überzeugen, sondern um die Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern. Die große Masse der Gewerkschaftsmitglieder sieht nach wie vor die Gewerkschaft als ihre Interessenvertretung an. Angesichts der real vorhandenen Versuche der Kapitalisten, gewerkschaftliche Organisation zu erschweren bzw. unmöglich zu machen, befürchten sie, dass ihnen ansonsten gar keine Abwehrwaffe mehr zur Verfügung steht.

Es geht also um die Kolleginnen z.B. in den Vertrauensleutekörpern, die in vielerlei Hinsicht vielleicht noch Illusionen in „ihre Gewerkschaftsführung“ haben, die aber kämpfen wollen und sich aufgrund ihrer eigenen Kampferfahrungen beginnen, von dieser zu lösen. Diese Kolleginnen müssen wir auch durch unsere Aktivität innerhalb der Gewerkschaft gegen die um sich greifende Resignation wappnen, für klassenkämpferische Positionen und auch für den Kampf außerhalb der Gewerkschaften gewinnen. Anhand der reaktionären Machenschaften der Gewerkschaftsführung besteht die Aufgabe, diese dabei immer weiter bloßzustellen und ihren Einfluss auf die Kolleginnen und Kollegen Stück für Stück zurückzudrängen. Wird dieser Kampf innerhalb der Gewerkschaften richtig geführt, wird es auch möglich sein, Teile der Strukturen zur Unterstützung eines selbstständigen Kampfes zu nutzen und wo möglich, ohne in Illusionen in die DGB-Gewerkschaften zu verfallen, das eine oder andere Zugeständnis aus dem Gewerkschaftsapparat herauszuholen.

Auch wenn es nötig ist, innerhalb der DGB-Gewerkschaften zu arbeiten, sehen wir allerdings genau, dass darin auch erhebliche Gefahren bestehen. Auf längere Sicht ist die Gefahr sehr groß, angesichts der drohenden Repressalien und permanenten „Rücksichtnahmen“ das eigentliche Ziel des selbstständigen Kampfes aus den Augen zu verlieren, faule Kompromisse mit der DGB-Führung und ihrem Apparat einzugehen und bei sich und bei anderen Illusionen aufkommen zu lassen. Daher betonen wir mit besonderem Nachdruck den Zusammenschluss der fortschrittlichsten Kolleginnen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften für den selbstständigen Kampf.

Dabei gilt es den Kampf in den Betrieben und Gewerkschaften von vornherein mit dem Kampf der erwerbslosen Kolleginnen zu verbinden. Gegen eine bornierte „gewerkschaftliche Beschränktheit“ ist es ebenso wichtig, mit fortschrittlichen Initiativen eine enge Zusammenarbeit anzustreben, die gegen den Sozialabbau, gegen staatliche Faschisierung, gegen die Abschiebung von Flüchtlingen und Werktätigen aus anderen Ländern und den sich ausbreitenden Terror der Nazis ankämpfen.

\* \* \*

Letztlich geht es darum, Raum zu bekommen zur selbständigen Organisation des Klassenkampfes und zur gemeinsamen Diskussion über die Ziele unseres Kampfes gegen den Kapitalismus. Innerhalb

und außerhalb der Gewerkschaften geht es nicht nur darum, wie der tagtägliche Abwehrkampf richtig geführt werden muss, so wichtig und unerlässlich das ist. Die wichtigste Debatte muss darum gehen, wie wir ein für alle Mal mit den ausbeuterischen Verhältnissen fertig werden können.

Der Text dieses Flugblatts wurde anlässlich der „Strategiekonferenz 2020: Für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik“ am 25./26.1.2020 in Frankfurt/M. verfasst und erschien auch als Vorbemerkung zur unten abgebildeten Broschüre von Gewantifa. Diese Broschüre enthält zu den einzelnen Themen dieses Flugblatts ausführliches Material.

## Inhalt

### Vorbemerkung

Gegen das vom DGB zusammen mit dem Kapitalistenverband BDA initiierte Streikverhinderungsgesetz kämpfen!

Den Kampf gegen jeglichen Nationalismus, Rassismus und Judenfeindschaft führen, gerade auch in den Gewerkschaften!

Wir sind nicht Opel, Schaeffler ...  
Wir hassen die reaktionäre Idee der Betriebsgemeinschaft!

IG Metall-Funktionäre und Linke-Ramelow  
Schulter an Schulter mit AfD-Nazi Höcke –  
Bei sozialen Protesten und überall jede  
Teilnahme von Nazis bekämpfen!

GewerkschafterInnen und Antifas gemeinsam  
gegen die Bundeswehr und ihre Kumpane in  
den Gewerkschaften!

Die Ereignisse im DGB-Haus in München im  
September 2013 zeigen, wie die DGB-  
Führung zum Kampf der Refugees steht:  
„Vom ersten Tag an versuchte der DGB uns  
zu räumen.“

**Zur Strategiekonferenz 2020: Für eine kämpferische  
Gewerkschaftspolitik am 25./26.1.2020 in Frankfurt/M.**

**Den DGB „erneuern“? Aus den  
DGB-Gewerkschaften austreten?**

**Vor allem selbstständig kämpfen!**

**Den ökonomischen Kampf  
und den Kampf gegen Nazis, gegen  
Dummheit und Reaktion führen!**

**Positionen und Stellungnahmen  
von Gewantifa**

Herausgegeben von

GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam  
gegen Dummheit und Reaktion

Januar 2020

24 Seiten A4, zu bestellen bei der unten angegebenen Adresse

Kontakt: GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion  
c/o Jugendzentrum in Selbstverwaltung, Postfach 12 19 65, 68070 Mannheim  
eMail: gewantifa@yahoo.de

Unsere Flugblätter und Broschüren sind im Internet kostenlos downloadbar unter: <http://gewantifa.blogspot>